Satzung

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen „Sportverein Grafertshofen 1950 e.V.“.
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Weißenhorn, Ortsteil Grafertshofen und ist im Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichts eingetragen.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck und Gemeinnützigkeit

- (1) Zweck des Vereins ist die Pflege und Förderung des Sports. Dieser wird verwirklicht durch
 - a) entsprechende Organisation eines geordneten Sport-, Spiel-, Übungs- und Kursbetriebes.
 - b) Durchführung von Sport und sportlichen Veranstaltungen, Kursen, Versammlungen, Vorträgen etc.
 - c) Aus-/Weiterbildung und Einsatz von Übungsleitern, Trainern und Helfern.
- (2) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung, jeweils nach den neuesten gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (4) Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Anteile am Überschuss und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. Ausgeschiedene oder ausgeschlossene Mitglieder haben keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.
- (5) Der Verein ist politisch und konfessionell neutral
- (6) Die Verwirklichung des Vereinszweckes erfolgt durch die Ausübung der sportlichen Aktivitäten.
- (7) Eine Änderung im Status der Gemeinnützigkeit zeigt der Verein unverzüglich dem BLSV, den betroffenen Sportfachverbänden sowie dem zuständigen Finanzamt für Körperschaften an.
- (8) Der Verein ist Mitglied des Bayrischen Landes-Sportverbandes e.V. (BLSV) und erkennt dessen Satzung an.

§ 3 Vergütungen für die Vereinstätigkeit

- (1) Die Vereins- und Organämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt.
- (2) Bei Bedarf können im Rahmen der haushaltrechtlichen Möglichkeiten entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer angemessenen, auch pauschalierten, Aufwandsentschädigung oder Vergütung im Sinne § 3 Nr. 26 a EStG ausgeübt werden.
- (3) Die Entscheidung über eine entgeltliche Vereinstätigkeit nach Absatz (2) trifft der Vorstand. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung.
- (4) Der Vorstand ist ermächtigt, Tätigkeiten für den Verein gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung oder Aufwandsentschädigung zu beauftragen. Maßgebend ist die Haushaltslage des Vereins.
- (5) Vom Vorstand können per Beschluss im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten Grenzen über die Höhe des Aufwandsersatzes nach § 670 BGB festgesetzt werden. Der Anspruch auf Aufwandsersatz kann nur innerhalb des Geschäftsjahres seiner Entstehung geltend gemacht werden.
- (6) Vom Vorstand kann beschlossen werden, die Aufwandsentschädigung nach Absatz 2 und den Aufwandsersatz nach Absatz 6 im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten auf Pauschalbeträge und Pauschalsätze zu begrenzen.

§ 4 Arten der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in
 - a) Erwachsene (ab 18 Jahre)
 - b) Jugendliche (14 bis 18 Jahre)
 - c) Kinder (bis 14 Jahre)
 - d) Ehrenmitglieder
 - e) Fördernde Mitglieder
- (2) Ehrenmitglieder sind Personen, die hierzu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt wurden. (Näheres regelt die Ehrenordnung)
- (3) Fördernde Mitglieder sind Personen, die zwar Mitgliedsbeiträge entrichten, jedoch keine Leistungen des Vereins in Anspruch nehmen.

§ 5 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied kann jede natürliche Person werden. Minderjährige bedürfen der Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters.
- (2) Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Streichung oder Tod.
- (2) Der Austritt kann nur zum Ende eines jeden Geschäftsjahres erfolgen. Bei Minderjährigen ist die Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters erforderlich. Der Austritt ist dem Vorstand gegenüber schriftlich zu erklären. Für die Rechtzeitigkeit ist der Zeitpunkt des Eingangs der Austrittserklärung maßgebend.
- (3) Der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgt bei
 - a) groben oder wiederholten Verstößen gegen Vereinssatzung oder Ordnungen,
 - b) wiederholten Verstößen gegen Anordnungen oder Beschlüsse der Organe des Vereins,
 - c) einem groben Verstoß gegen Grundsätze des sportlichen Verhaltens oder den Zweck, Interesse und Ansehen des Vereins,
 - d) unehrenhaftem Verhalten, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Vereinslebens,
 - e) bei Verlust der Amtsfähigkeit (§ 45 StGB).
- (4) Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Dem Mitglied ist vorher Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Gegen den Beschluss des Vorstands ist innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe die schriftliche Anrufung der Mitgliederversammlung zulässig. Diese entscheidet alsdann mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf ihrer ordentlichen Versammlung, sofern vorher keine außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet.
- (5) Eine Streichung der Mitgliedschaft ist zulässig, wenn das Mitglied trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung durch den Vorstand mit der Zahlung des Beitrages im Rückstand ist. Die Streichung kann durch den Vorstand erst beschlossen werden wenn seit Absendung des zweiten Mahnschreibens, das den Hinweis auf die Streichung zu enthalten hat, drei Monate vergangen sind.
- (6) Mit der Beendigung der Mitgliedschaft erlöschen alle Mitgliedsrechte. Bis zum Wirksamwerden der Ausschließung darf das Mitglied keine Ehrenämter oder sonstige Funktionen im Verein wahrnehmen. Mitglieder, welche mit einem Amt oder Funktion im Verein betraut sind, haben vor ihrem Ausscheiden dem Vorstand Rechenschaft zu erteilen.

§ 7 Beiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe des Beitrages wird von der Mitgliederversammlung bestimmt. Durch die Mitgliederversammlung können auch sonstige Leistungen beschlossen werden, die von den Mitgliedern zu erbringen sind. (Näheres regelt die Beitragsordnung).

- (1) Der Jahresbeitrag ist am 01.03. des Jahres fällig und muss bis dahin auf dem Konto des Vereins eingegangen sein.
- (2) Die Aufnahme in den Verein ist davon abhängig, dass sich das Mitglied für die Dauer der Mitgliedschaft verpflichtet, dem Verein ein SEPA-Mandat für den Lastschriftinzug der Mitgliedsbeiträge zu erteilen.
Die Erklärung des Mitglieds dazu erfolgt mit dem Aufnahmeantrag.
- (3) Von den Mitgliedern, die dem Verein eine Einzugsermächtigung erteilt haben, wird der Beitrag zum Fälligkeitstermin eingezogen.
- (4) Das Mitglied ist verpflichtet, dem Verein laufend Änderungen der Kontoangaben (IBAN und BIC), den Wechsel des Bankinstituts sowie Änderungen der persönlichen Anschrift mitzuteilen.
- (5) Mitglieder, die nicht am Einzugsverfahren teilnehmen, tragen den erhöhten Verwaltungs- und Bearbeitungsaufwand, die der Vorstand festsetzt.
- (6) Ehrenmitglieder sind beitragsfrei.
- (7) Der Gesamtvorstand ist zudem ermächtigt, eine Beitragsordnung zu erlassen und darin Einzelheiten zum Beitragswesen des Vereins zu regeln.
- (8) Einem Mitglied, das unverschuldet in eine finanzielle Notlage geraten ist, kann der Beitrag gestundet oder für die Zeit der Notlage ganz oder teilweise erlassen werden. Über einen Stundungs- oder Erlassgesuch entscheidet der Vorstand.

§ 8 Organe des Vereins

- (1) Organe des Vereins sind
 - a) der Vorstand
 - b) der Vereinsausschuss
 - c) die Mitgliederversammlung

§ 9 Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus mindestens 3 Personen, welche von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Diese legt auch jeweils die Anzahl für die anstehende Amtszeit fest.
- (2) Alle Mitglieder des Vorstandes sind voll stimmberechtigt.
- (3) Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorstand vertreten. Diese gleichberechtigten Vorstände sind gleichermaßen Vorstand im Sinne des § 26 BGB als juristische Person. Je zwei Vorstandsmitglieder vertreten den Verein. Die gleichberechtigten Vorstände vertreten sich untereinander. Die Befugnisse und Verantwortlichkeiten sind in der Geschäftsordnung des Vereins festgelegt. Der Vorstand ist, unabhängig davon, ob alle Vorstandsämter besetzt sind, beschlussfähig, wenn mindestens 3 Mitglieder anwesend sind.
Vorstandsmitglieder nach § 9 Abs. 1 können nur Vereinsmitglieder werden.

- (4) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Im Innenverhältnis gilt, dass der Vorstand zum Abschluss von Grundstücksgeschäften jeglicher Art sowie von Geschäften mit einem Geschäftswert von mehr als 3.000 Euro für den Einzelfall der vorherigen Zustimmung durch den Vereinsausschuss bedarf.
- (5) Der Vorstand wird auf Beschluss der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Er bleibt bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstandes im Amt. Mehrere Vorstandsämter können nicht in einer Person vereinigt werden.
- (6) Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vor Ablauf der Amtsperiode aus, ist vom Vereinsausschuss für den Rest der Amtszeit ein neues Vorstandsmitglied kommissarisch einzusetzen.

§10 Vereinsausschuss

- (1) Der Vereinsausschuss setzt sich zusammen aus
 - a) dem Vorstand gemäß § 9
 - b) mindestens 3 und maximal 5 Beisitzern
Die Beisitzer werden im Turnus von 2 Jahren von der Mitgliederversammlung gewählt, welche auch jeweils die Anzahl für die anstehende Amtszeit festlegt.
- (2) Die Aufgaben des Vereinsausschusses ergeben sich in der ständigen Mitwirkung bei der Führung der Geschäfte durch den Vorstand. Die Mitwirkung erfolgt in rein beratender Form.

§ 11 Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt. Sie ist ferner einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse gebietet oder ein Fünftel der Vereinsmitglieder dies schriftlich und unter Angabe der Gründe und des Zwecks vom Vorstand verlangt.
- (2) Mitgliederversammlungen sind vom Vorstand mindestens zwei Wochen vor dem Versammlungstermin schriftlich einzuberufen. Mit der Einberufung ist gleichzeitig die Tagesordnung bekanntzugeben, in der die zur Abstimmung gestellten Anträge ihrem wesentlichen Inhalt nach zu bezeichnen sind. Die Tagesordnung der ordentlichen Mitgliederversammlung hat zu enthalten:
 - a) Jahresbericht des Vorstand
 - b) Jahresbericht über das Finanzwesen
 - c) Jahresbericht über den Sportbetrieb
 - d) Bericht der Kassenprüfer
 - e) Entlastung der Vorstände und der Kassenprüfer
 - f) Neuwahlen, soweit sie notwendig sind.

- (3) Die Mitgliederversammlung beschließt über den Mitgliedsbeitrag und sonstige Mitgliederleistungen, über Satzungsänderungen sowie über alle Punkte, die Gegenstand der Tagesordnung sind.
- (4) Wahl- und stimmberechtigt sind alle Vereinsmitglieder, die am Tage der Versammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben. Wählbar sind alle Vereinsmitglieder die das 18. Lebensjahr vollendet haben.
- (5) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
- (6) Anträge zur Tagesordnung können von allen Mitgliedern bis eine Woche vor der Mitgliederversammlung schriftlich beim Vorstand gestellt werden. Über Anträge, die beim Vorstand nicht mindestens eine Woche vor der Versammlung schriftlich eingehen, kann nur mit Zustimmung des Vorstandes in die Tagesordnung aufgenommen werden.
- (7) Bei Beschlüssen und Wahlen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Zu einem Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Eine Änderung des Vereinszweckes erfordert die Zustimmung von neun Zehnteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
- (8) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift, die vom Versammlungsleiter und Protokollführer zu unterzeichnen ist, aufzunehmen.

§ 12 Kassenprüfung

- (1) Der Finanzprüfungsausschuss besteht aus zwei Kassenprüfern, die jeweils auf die Dauer von 2 Jahren von der Mitgliederversammlung gewählt werden.
- (2) Die Revisoren haben die Aufgabe, die Kassen- und Rechnungsführung nach dem Abschluss des Geschäftsjahres zu überprüfen und der Mitgliederversammlung darüber Bericht zu erstatten. Den Revisoren steht frei auch innerhalb des Geschäftsjahres Überprüfungen vorzunehmen. Sie beantragen die Entlastung der Vorstandschaft für das jeweilige Geschäftsjahr.

§ 13 Vereinsordnungen

Der Vorstand ist ermächtigt u.a. folgende Vereinsordnungen bei Bedarf zu erlassen:

- (1) Ehrenordnung
- (2) Beitragsordnung
- (3) Finanzordnung
- (4) Geschäftsordnung
- (5) Verwaltungs- und Reisekostenordnung

§ 14 Haftung

- (1) Sind Vereins- oder Organmitglieder für den Verein tätig, haften sie gegenüber dem Verein und gegenüber den Mitgliedern für einen bei der Wahrnehmung der ihnen übertragenen satzungsgemäßen Vereinsaufgaben verursachten Schaden nur bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Ist streitig, ob der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde, trägt der Verein oder das geschädigte Mitglied die Beweislast.
- (2) Sind Vereins- oder Organmitglieder einem anderen zum Ersatz eines Schadens verpflichtet, den sie bei der Wahrnehmung der ihnen übertragenen satzungsgemäßen Vereinsaufgaben nicht vorsätzlich und nicht grob fahrlässig verursacht haben, so können sie von dem Verein die Befreiung von der Verbindlichkeit verlangen. Ist streitig, ob der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde, trägt der Verein die Beweislast.
- (3) Der Verein und Organmitglieder haften gegenüber einem Mitglied im Innenverhältnis für einen Schaden, den das Mitglied bei der Ausübung des Sports, aus der Teilnahme bei Vereinsveranstaltungen oder durch die Benutzung von Anlagen oder Einrichtungen des Vereins erleidet, nur bei Vorliegen von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Ist streitig, ob der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde, trägt das geschädigte Mitglied die Beweislast.
- (4) Die vorgenannten Haftungsbefreiungen sowie die gesetzliche Haftungsbefreiung des § 31a Absatz 1 Satz 2 BGB gelten nicht für Schäden oder Teile eines Schadens, die durch Versicherungen des Vereins oder des den Schaden verursachenden Mitglieds abgedeckt sind.

§ 15 Datenschutz

- (1) Zur Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben des Vereines und der Verpflichtungen, die sich aus der Mitgliedschaft im Bayerischen Landes Sportverband (BLSV) und aus der Mitgliedschaft in dessen zuständigen Sportfachverbänden ergeben, werden im Verein unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und Datenschutz Grundverordnung (DSGVO) personenbezogene Daten von Vereinsmitgliedern digital gespeichert.
- (2) Den Organen des Vereins und allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem zur jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch nach dem Ausscheiden des Mitglieds aus dem Verein fort.

- (3) Als Mitglied des Bayerischen Landes-Sportverbandes ist der Verein verpflichtet, im Rahmen des Bestandsmeldung folgende Daten seiner Mitglieder an den BLSV zu melden: Name, Vorname, Geburtsdatum, Geschlecht, Sportartenzugehörigkeit. Die Meldung dient zu Verwaltungs- und Organisationszwecken des BLSV. Soweit sich aus dem Betreiben bestimmter Sportarten im Verein eine Zuordnung zu bestimmten Sportfachverbänden ergibt, werden diesen für deren Verwaltungs- und Organisationszwecke bzw. zur Durchführung des Wettkampfbetriebes die erforderlichen Daten betroffener Vereinsmitglieder zur Verfügung gestellt.
- (4) Zur Wahrnehmung satzungsgemäßer Mitgliederrechte kann bei Verlangen der Vorstand gegen die schriftliche Versicherung, dass die Adressen nicht zu anderen Zwecken verwendet werden, Mitgliedern bei Darlegung eines berechtigten Interesses Einsicht in das Mitgliederverzeichnis gewähren.
- (5) Bei Beendigung der Mitgliedschaft werden personenbezogene Daten, soweit sie die Kassengeschäfte betreffen, entsprechend der steuerrechtlich bestimmten Fristen aufbewahrt.

§ 16 Satzungsänderungen

- (1) Über Änderungen der Satzung beschließt die Mitgliederversammlung.
- (2) Änderungen oder Ergänzungen der Satzung, die von der zuständigen Registerbehörde oder vom Finanzamt vorgeschrieben werden, werden vom Vorstand umgesetzt und bedürfen keiner Beschlussfassung durch die Mitgliederversammlung. Sie sind den Mitgliedern spätestens mit der Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung mitzuteilen.

§ 17 Auflösung des Vereines

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens zu diesem Zweck und unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. In dieser Versammlung müssen vier Fünftel der stimmberechtigten Vereinsmitglieder anwesend sein. Zur Beschlussfassung ist eine Dreiviertelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen notwendig. Kommt die Beschlussfähigkeit nicht zustande, so ist innerhalb von vier Wochen eine weitere Mitgliederversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist. Darauf ist bei der Einberufung hinzuweisen. In der Auflösungsversammlung bestellen die Mitglieder die Liquidatoren, die dann die laufenden Geschäfte abzuwickeln haben.

- (2) Das nach Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke verbleibende Vermögen fällt mit der Maßgabe, es wiederum unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke im Sinne dieser Satzung zu verwenden, an die Stadt Weißenhorn.

§ 18 Sprachregelung

Zur besseren Lesbarkeit wird im Text der Satzung und der Ordnungen des Vereines bei Funktionsbezeichnungen nur die männliche Sprachform verwendet. Unabhängig davon ist immer auch die weibliche Form mit gemeint, und insbesondere können alle Ämter von Frauen und Männern besetzt werden.

§ 19 Inkrafttreten

Die Satzung wurde in der Mitgliederversammlung am 28.06.2019 neugefasst und in der vorliegenden Ausführung beschlossen. Die Neufassung tritt mit Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.